

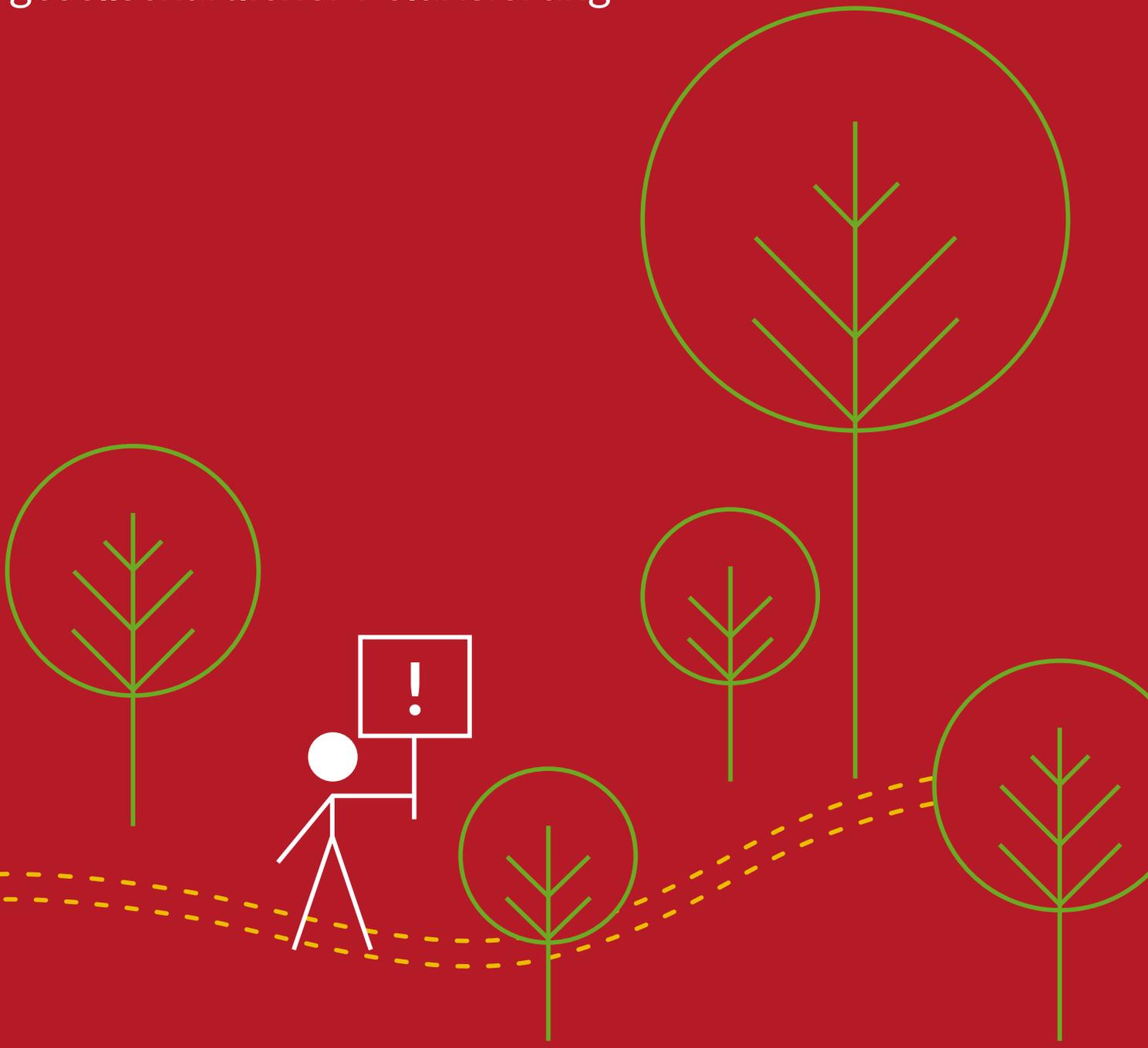
FARN

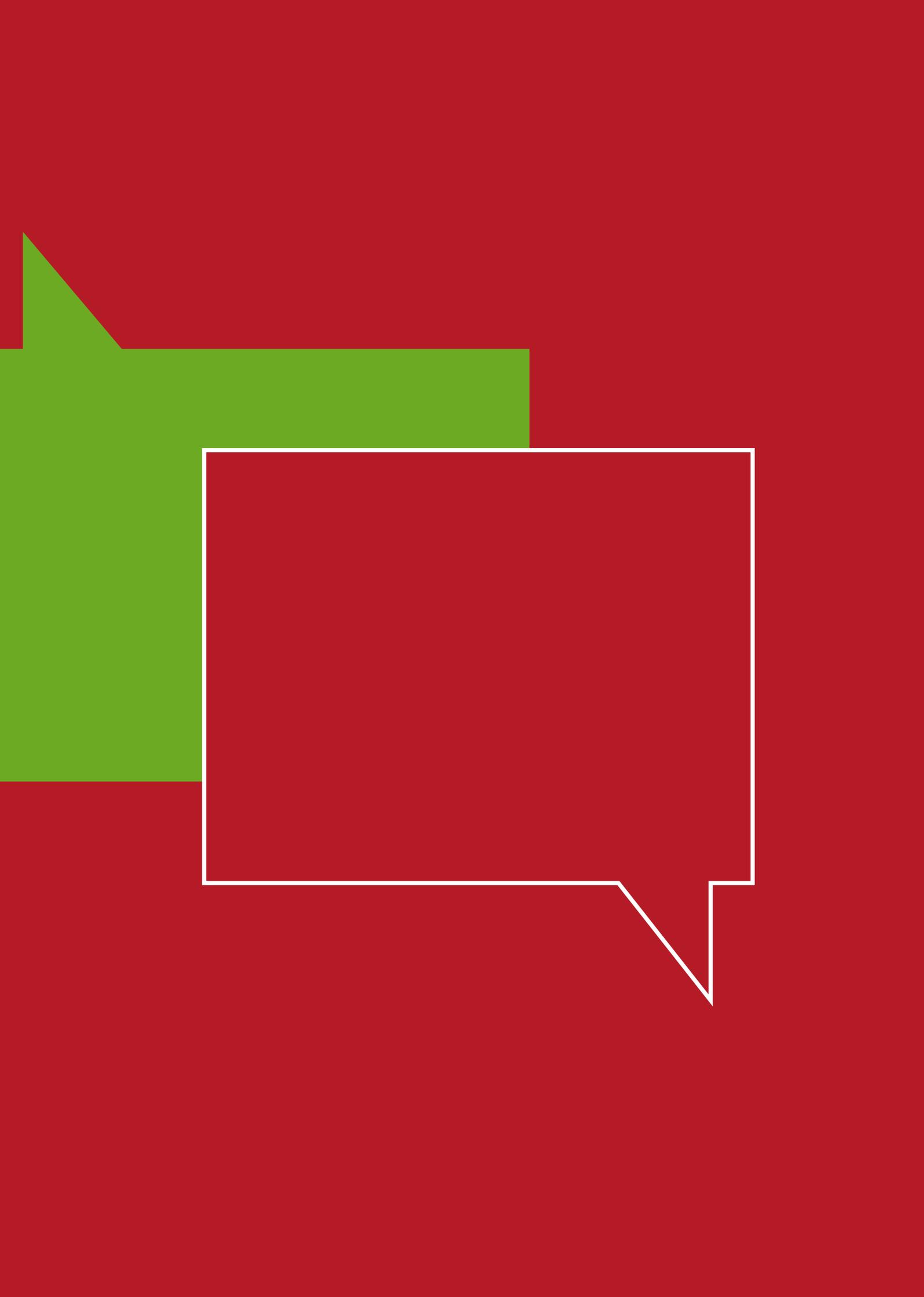


Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz

Prima Klima?

Natur- und Umweltschutz in Zeiten
gesellschaftlicher Polarisierung





Inhalt

Vorwort	4
Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und soziale Bewegung <i>Daniela Gottschlich</i>	5
Demokratischer Natur- und Umweltschutz in Deutschland <i>Hans-Gerd Marian</i>	9
Leugnung und Skepsis gegenüber der Klimakrise zum Schutz der imperialen Lebensweise? Ein Blick auf den Klimadiskurs rechtspopulistischer Parteien wie der AfD <i>Imeh Ituen & Janine Korduan</i>	14
Menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit im Kontext Umwelt- und Naturschutz <i>Birgit Jagusch</i>	18
Die Interkulturelle Öffnung der Jugendumweltverbandsarbeit <i>Ansgar Drücker</i>	22
Rassismus und Naturkunde – ein aktuelles Problem <i>Felix Riedel</i>	26
Glossar	31

Vorwort

Seit der Gründung der ersten Naturfreundegruppe vor nunmehr fast 125 Jahren in Wien ist das Ziel aller NaturFreunde-Organisationen, den Menschen die Natur näher zu bringen, sie für Natur- und Umweltschutz zu gewinnen und das international immer gepaart mit dem Wunsch nach Frieden, Demokratie und Solidarität. Dass diese Verbindung von Natur- und Menschenfreundlichkeit Faschisten und Rechtsradikalen nicht passt, zeigt die Tatsache, dass die NaturFreunde Deutschlands als eine der ersten Organisationen bereits im März 1933 von den Nazis verboten wurden.

Rechte Gruppierungen haben Natur und Umwelt für sich entdeckt. Sie versuchen das Thema für ihre demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Ziele zu instrumentalisieren. Sie leugnen den menschengemachten Klimawandel.

Aber es reicht nicht aus, wenn die Zivilgesellschaft sich nur von diesen Positionen abgrenzt. Neben Aufklärung über die Methoden und Wirkungsweisen der Rechten müssen wir unser Menschenbild und unsere Vorstellung von einer gerechten und solidarischen Welt in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen. Auch wenn es manchmal im Alltag schwierig sein mag.

Die NaturFreunde in Europa verbindet eine jahrzehntelange Freundschaft und Zusammenarbeit mit den NaturFreunden im Senegal. Die Begegnungen von jungen Menschen aus dem Senegal und Deutschland zeigen, dass es gemeinsame Ziele gibt. Gemeinsame Ziele für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, für Natur- und Umweltschutz, die auch nur gemeinsam erreicht werden können.

Wir müssen uns auch immer wieder fragen: Sind wir wirklich frei von ausgrenzendem Gedankengut? Oder spielen wir regelmäßig mit unserem Verhalten der Diskriminierung in die Hände?

Es lohnt sich, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen – selbstkritisch, fordernd, ohne moralischen Zeigefinger. Denn wie Alois Rohrauer, einer unserer Gründer, schon sagte: „Wir NaturFreunde wollen Menschenfreunde sein und bleiben.“

Diese Handreichung gibt Anregungen zum Nachdenken und fordert zur Debatte auf.

Regina Schmidt-Kühner
Stellvertretende Bundesvorsitzende der
NaturFreunde Deutschlands

Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und soziale Bewegung

Was haben Baumbesetzer*innen im Hambacher Forst, Stromrebell*innen, Besetzer*innen von Feldern, auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen, Aktivist*innen gegen Ressourcenextraktivismus, Klima- und Lebensmittelretter*innen gemeinsam? Sie alle setzen sich für eine Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse von unten ein.

Ihr Engagement hat verschiedene Facetten. So üben sie Kritik an den herrschenden krisenhaften sozial-ökologischen Verhältnissen und an der gewählten politischen Steuerung, also an der Art und Weise, wie derzeit mit diesen vielfältigen Krisen vonseiten der Politik umgegangen wird. Ob Klimakrise, Verlust von Biodiversität, Belastung von Grundwasser oder ausgelaugte Böden – all diese Krisen können auch als Krise des Politischen selbst und damit auch als Krise der Demokratie verstanden werden. Ziel ist aber keine Abschaffung der Demokratie, sondern ihre Demokratisierung. Durch die Kritik und den Protest der sozialen Bewegungen in den genannten Handlungsfeldern wird damit gerade die Frage in den Mittelpunkt gerückt, welche (neuen) demokratiepolitischen Strategien und Instrumente es braucht, um den Übergang in eine ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzuleiten und zu gestalten.

Niemand hat für diese umfassende Transformation die eine abschließende Antwort. Stattdessen sind wir mit zahlreichen offenen Fragen konfrontiert, die die noch relativ junge Debatte um die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse prägen und auf die Aktivist*innen in den Bewegungen (und auch activist scholars* in den Wissenschaften) Antworten suchen (Gottschlich/Hackfort 2016):

- Wie lassen sich der Zugang, die Nutzung von sowie die Kontrolle über Natur und Ressourcen demokratisch(er) organisieren?

- Wie lässt sich das Verhältnis von Gesellschaft zu Natur selbst weniger herrschaftsförmig gestalten?
- Wie können Handlungsspielräume gesellschaftlich und individuell erweitert werden, um angemessen auf sozial-ökologische Krisen zu reagieren?
- Welche (neuen) demokratischen Institutionen, Organisationsformen und -prozesse braucht es, um zu entscheiden, was zu welchem Zweck und unter Inkaufnahme welcher sozialen und ökologischen Kosten wie und von wem produziert wird?
- Welches Wissen fehlt für den Wandel von Externalisierungsdemokratien zu (vor)sorgenden Demokratien?
- Wo gibt es bereits existierende Formen der sozial-ökologischen demokratischen Selbstorganisation und -steuerung? Was war nötig für ihre Realisierung und durch welche (neuen) politischen Institutionen werden sie abgesichert?

In diesen Fragen stecken bereits normative Grundannahmen und damit Ideen, in welche Richtung es gehen kann beziehungsweise soll. Denn die verschiedenen Bewegungen, die eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vorantreiben (wollen), eint, dass sie einen Wandel von einer Externalisierungsdemokratie hin zu einer (vor)sorgenden, solidarischen Demokratie anstreben. Externalisierungsdemokratien verlagern zum Zweck des eigenen Wohlstands und der inneren Stabilität einen Großteil der anfallenden sozialen und ökologischen Kosten auf andere – und zwar räumlich (zum Beispiel auf Regionen, auf Menschen und Natur im globalen Süden), innergesellschaftlich (auf diskriminierte Gruppen und Natur im globalen Norden) und zeitlich (zu Lasten von zukünftigen Generationen). (Vor)sorgende, solidarische Demokratien zielen hingegen auf das Gute Leben für alle ohne Externalisierungen.

Eine demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist nicht nur auf dialogische und kooperative Politikformen angewiesen, sondern auch auf Protest, Widerstand und die Bildung von Gegenmacht. Ohne den weltweiten Protest von jungen Menschen, wäre das Thema Klimakrise nicht in der politischen Prioritätenliste so weit nach oben gerückt.

Sie stellen Solidarität, Gerechtigkeit und Care (und damit das relationale Sorgen für sich, für andere, für Natur und auch für Demokratie) ins Zentrum des politischen Gemeinwesens (siehe zum Beispiel I.L.A. Kollektiv 2019; Gottschlich/Katz 2019 und Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstums-gesellschaften 2017).

Doch die Ausrichtung auf eine (vor)sorgende Demokratie ist gesamtgesellschaftlich umstritten, was nicht zuletzt damit zu tun hat, dass „das Wesen der Demokratie der Konflikt ist und es zum demokratischen Prozess selbst gehört, Interessenkonflikte zu organisieren und Differenzen auszuagieren“ (Salzborn 2015: S. 14f.). Die (vor)sorgende, solidarische Demokratie ist also nur ein Vorschlag unter vielen, wie das widersprüchliche Verhältnis von Legitimation und Steuerung, den beiden zentralen Elementen von Demokratie (ebd.), zu gestalten ist.

Eine (vor)sorgende, solidarische Demokratie braucht Partizipation

Doch das Besondere ist, dass die Idee einer (vor)sorgenden, solidarischen Demokratie auf einer doppelten Kritik gründet und weder primär nur auf die Input- noch auf die Output-Seite des politischen Systems fokussiert ist: Denn ihre Vertreter*innen sehen sowohl Defizite, was die Legitimation von politischen Entscheidungen angeht, als auch werten sie die Ergebnisse von politischer Steuerung als nicht ausreichend, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen und die ökologische Reproduktionsfähigkeit zu erhalten.

Um den Legitimationsdefiziten zu begegnen, werden umfassendere Partizipationsmöglichkeiten gefordert. So entstand beispielsweise die Bewegung für Ernährungsdemokratie aus Kämpfen gegen neoliberale Handels- und Landnutzungsregime, die große Gruppen von Menschen von der Teilnahme an der Gestaltung der Ernährungssysteme einschränken oder ausschließen. Stattdessen zielt die Bewegung für Ernährungsdemokratie

darauf ab, allen sozialen Gruppen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv daran zu beteiligen beziehungsweise zu verhandeln, wie ihre jeweiligen Gesellschaften die landwirtschaftliche Produktion organisieren, um sicherzustellen, dass die Ernährungssysteme die Bedürfnisse der Menschen erfüllen (McMichael 2014).

Zu den Voraussetzungen für eine so verstandene Ernährungsdemokratie ist es entscheidend, dass Räume für öffentliche Debatten und Verhandlungen geschaffen werden. Eine demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist jedoch nicht nur auf dialogische und kooperative Politikformen angewiesen, sondern auch auf Protest, Widerstand und die Bildung von Gegenmacht. Neben den Protesten im Bereich Ernährung – etwa gegen Gentechnik in der Landwirtschaft durch Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionsveranstaltungen aber auch Feldbesetzungen oder Großdemonstrationen wie „Wir haben es satt“ – ist auch die Fridays-for-Future-Bewegung ein gutes Beispiel dafür: Ohne den weltweiten Protest von (vor allem) jungen Menschen, wäre das Thema Klimakrise nicht in der politischen Prioritätenliste so weit nach oben gerückt.

Gerechtigkeit, Vorsorge und Care als Ausgangspunkte politischer Gestaltung

Um den Steuerungsdefiziten zu begegnen, wird in den sozialen Bewegungen aber nicht nur mit einem rein *prozessualen Demokratiebegriff*, der das Streiten, das Verhandeln und die Suche nach Kompromissen umfasst, gearbeitet. Demokratie wird in den sozialen Bewegungen, die sich für eine Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse einsetzen, auch *substanziell* bestimmt (Friedrich et al. 2019). Um beim Beispiel der Ernährungsdemokratie zu bleiben: Es geht ganz konkret um Formen, Ergebnisse und Auswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion und diese sollen sich an Nachhaltigkeit orientieren. Ein kritisch-emanzipatorisches Verständnis von Nachhaltigkeit wiederum ist gekennzeichnet durch eine Orientierung an intra- und intergenerativer Gerechtigkeit, an Vorsorge und an Care



und damit an der Anerkennung der grundlegenden Abhängigkeiten von menschlichen und nicht-menschlichen Welten sowie der Angewiesenheit und Verletzlichkeit allen Lebens.

Gerechtigkeit, Vorsorge und Care zum Ausgangspunkt politischer Gestaltungspraxis zu machen und nach gesellschaftlichen Strukturen für die Demokratisierung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu fragen, bedeutet im Fall der angestrebten Ernährungsdemokratie, dass Agrarpolitik und -praktiken angestrebt werden, die beispielsweise die Lebensbedingungen insbesondere von Kleinbäuer*innen verbessern, Zugang zu Land, faire Arbeitsstandards, den Schutz der Gesundheit von Produzent*innen und Verbraucher*innen, aber auch die (Re-)Produktivität des Bodens und Tierwohl garantieren und über eine Politik der Vorsorge zudem Entscheidungsspielräume für zukünftige Generationen erhalten.

Abgrenzung gegen rechts durch die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Was unterscheidet nun diese Akteur*innen in sozialen Bewegungen mit ihren substanziellen Vorstellungen von Demokratie von Akteur*innen der extremen Rechten, die sich beispielsweise auch gegen Agro-Gentechnik, Konzerninteressen und Wachstumsideologie und für ökologischen Landbau engagieren und die Interessen von Bäuer*innen schützen wollen? Werden in diesem substanziellen Demokratieverständnis nicht auch sogenannte Letztbegründungen bemüht, vor denen zum Beispiel Samuel Salzborn (2015: S. 19f.) in seinem lesenswerten Artikel warnt? Muss nicht vielmehr alles verhandelbar bleiben? Schützt nicht nur ein prozessuales Demokratieverständnis vor Vereinnahmung durch autoritäres Denken und Handeln?

Für die Aktivist*innen aus den sozialen Bewegungen, die sich für eine (vor)sorgende, solidarische Demokratie einsetzen, braucht es beides – die prozessuale und die substanzielle Dimension. Es braucht eine klare Orientierung auf ein Ende der Externalisierungsdemokratie. Dies ist aber eine politische Position und keine aus der Biologie abgeleitete. Ökologische Krisen werden immer in ihrer gesellschaftlichen Dimension gesehen. Ihre Minderung beziehungsweise Überwindung zielt auf das Gute Leben für alle – überall auf der Welt und nicht nur für Mitglieder einer „deutschen Abstammungsgemeinschaft“. Es geht also weder um ein national noch um ein temporal verkürztes Verständnis von Allgemeinwohl, dafür aber um die Anerkennung der ungleichen Verantwortung für die Ursachen von sozial-ökologischen Krisen und damit auch um die Kritik an neokolonialen Strukturen etwa im globalen Ernährungssystem.

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse stellt eine unabschließbare Reflexions- und Handlungsaufgabe dar, denn mit ihr verbunden ist das – notwendige – gesellschaftliche Ringen um die sozial-ökologisch gerechte Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Und das schließt auch immer eine Auseinandersetzung mit Ideen der extremen Rechten mit ein.

Literatur

Friedrich, Beate/Hackfort, Sarah/Boyer, Miriam/Gottschlich, Daniela (2019): Conflicts over GMOs and their Contribution to Food Democracy. In: *Politics and Governance*, 7(4), DOI: 10.17645/pag.v7i4.2082.

Gottschlich, Daniela/Hackfort, Sarah K. (2016): Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse: Und warum die Perspektiven der Politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind. In: *PVS Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, 57(2), S. 300–322.

Gottschlich, Daniela/Katz, Christine (2019): Caring with Nature/s: Zur transformativen Bedeutung von Care in ‚More Than Human Worlds‘. In: *Gender[ed] Thoughts*, Nr. 6 – Special Issue, hrsg. v. Konstanze Hanitzsch. Göttingen (online ab Oktober 2019).

I.L.A. Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München: oekom.

Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom.

McMichael, Philip (2014): Historicizing food sovereignty. In: *The Journal of Peasant Studies*, 41(6), S. 933–957.

Salzborn, Samuel (2015): Politische Steuerung und ihre Legitimation: Wie demokratisch ist Naturschutz? In: Heinrich, Gudrun/Kaiser, Klaus-Dieter/Wiersbinski, Norbert (Hrsg.): *Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten*. Bonn: Bundesamt für Naturschutz, S. 14–21.

Daniela Gottschlich

Dr. Daniela Gottschlich ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitsprojekten vor allem für diversu e. V., das Institut für Diversität, Natur, Gender und Nachhaltigkeit in Lüneburg.

Demokratischer Natur- und Umweltschutz in Deutschland

Wer die Begriffe „demokratisch“ und „Naturschutz“ googelt, wird nicht viele Treffer erhalten. Die Hälfte der Treffer handelt zudem von nichtdemokratischem Naturschutz beziehungsweise der Vereinnahmung des Naturschutzes für völkische oder rassistische Ideologien. Das kommt nicht von ungefähr. Denn die demokratischen Traditionen des Naturschutzes wirken wie Tropfen in einem Meer von konservativen, antidemokratischen, völkischen bis offen rassistischen Strömungen.

Anfang 2019 jedoch ein ganz anderes Bild: Bürger*inneninitiativen, Umweltverbände, oppositionelle Parteien, Biobäuer*innen und Imker*innen haben sich auf den Weg gemacht, die mächtige Staatspartei in Bayern das Fürchten zu lehren. Als ausgezählt wird, haben mehr als 1,75 Millionen Menschen das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern unterstützt. Die Bürger*innen haben das Heft des Handelns im Natur- und Umweltschutz selbst in die Hand genommen und ein Referendum zum Schutz von Insekten und ihrer Habitate zum Erfolg geführt. Die CSU, die kurz zuvor ihre absolute Mehrheit im Landtag eingebüßt hatte, zeigte Demut. Der Referendumstext wurde ohne Änderungen Gesetz. Was für ein Erfolg für die direkte Demokratie und den Naturschutz!

Seitdem ergrünt der konservative Ministerpräsident Söder und versteigt sich zu dem Satz: „Wir haben den Umweltschutz erfunden.“ Denn es sei das Urmotiv der CSU, die Schöpfung zu bewahren (Bild am Sonntag, 15.9.2019).

Die Anfänge des Naturschutzes

Die ersten Naturschützer*innen finden sich in Deutschland in konservativen bis reaktionären Kreisen. Sie wollen im Zuge der beginnenden Industrialisierung Teile der Natur aus der rücksichtslosen Verwertung im Kapitalismus herauslösen und exemplarisch unter Schutz stellen. Das beginnt 1836 mit dem Kauf des Drachenfels am Mittelrhein, der als Steinbruch genutzt wurde und zu verschwinden drohte. Romantische bis völkische

Vorstellungen prägen einen Natur- und Heimatschutz, in dem vermeintlich „deutsche“ Landschaften oder der „deutsche“ Wald erhalten werden sollen.

Auf Antrag von Linksliberalen diskutiert der preußische Landtag 1912 erstmals den Entwurf eines Naturschutzgesetzes. Eine Mehrheit findet er in dem nach dem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht zusammengesetzten Parlament nicht. Für die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten ergreift Karl Liebknecht das Wort. Er greift den bürgerlichen Naturschutz an, denn die Natur dürfe nicht vor den Menschen geschützt werden. Er bezeichnet den Schutz der Natur als „ein ungemein wichtiges Stück der sozialen Fürsorge; das geht an die Wurzeln der menschlichen Bedürfnisse heran [...] soll das Menschengeschlecht besonders in den großen Städten nicht weiter verkrüppeln, geistig, moralisch, körperlich“ müsse „die Trennung zwischen Natur und Menschen aufgehoben werden. Die Natur dem Volke nahegebracht werden“ (zitiert nach Friedemann Schmoll in Frohn/Rosebrock 2017: S. 30). Damit vertrat Liebknecht die gleichen Positionen wie der 1895 in Wien als internationaler Verband gegründete „Touristenverein Die Naturfreunde“ (im Folgenden: Naturfreunde).

Die Naturfreunde traten für eine Demokratisierung des Naturgenusses ein und forderten für die Arbeiter*innen den freien Zugang zur Natur. Zugleich verankerten sie den Naturschutz als Ziel in ihrer Satzung. Aus dem Elend der Fabriken und der beengten Mietskasernen in den Stadtteilen mit der höchsten Umweltbelastung sollten Arbeiter*innen Zugang zur freien Natur haben, um vom „Arbeitstier wieder zum Mensch zu werden“ und, aus dem Kraftquell der Natur gestärkt, für ihre demokratischen und sozialen Rechte und für eine sozialistische Demokratie zu kämpfen. Mit einer breiten Palette von demokratischen Aktionen wie Versammlungen, Kundgebungen, Ausstellungen, Massenwanderungen und zivilem Ungehorsam stritten sie unter dem Slogan „Berg frei!“ für das freie Wegerecht, das von



Adel und Bürgertum verwehrt wurde. Als Selbsthilfeorganisation errichteten sie in Eigenleistung eigene Hütten, oft an Stellen besonderer Naturschönheit. Zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Naturschützer*innen kam es nur selten.

Von Linksliberalen ausgehend wurden 1908 und 1909 die Berliner Waldschutztage durchgeführt, die sich gegen die geplante Privatisierung des Waldgürtels rund um die Großstadt wandten. Es gelang 1912 einen Zweckverband zu gründen, der dem preußischen Staat 10.000 Hektar Wald abkaufte und so das Erholungsgebiet sicherte.

Naturschutz in der Weimarer Republik

Nach der Revolution von 1918 wurde in der Weimarer Verfassung in Artikel 150 der Naturschutz erstmals verankert: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates.“

Die Naturfreunde gehörten zu den wenigen Naturschutzgruppen, die sich mehrheitlich positiv auf die Weimarer Republik

bezogen und die Demokratie stützten. Sie gerieten damit in Gegensatz zum bürgerlichen Naturschutz, der sich abwartend, ablehnend oder offen völkisch und reaktionär positionierte. Besondere Gegnerschaft bestand zum Alpenverein. Schon 1921 hatte ein Drittel der Alpenvereinssektionen einen Arierparagraphen in die Satzung aufgenommen. Ab 1923 (Hitlerputsch) wurde auf Alpenvereinshütten die Hakenkreuzfahne gehisst.

Die Bedeutung der Naturfreunde für den Naturschutz wird in der bisherigen Naturschutzgeschichtsschreibung meist verkannt oder heruntergespielt. In der Hausgeschichtsschreibung der amtlichen Naturschützer*innen, die sich wie Walther Schoenichen und Hans Klose dem NS-Regime andienten, finden sie keine Erwähnung. Dabei handelte es sich bei den Naturfreunden in den 20er Jahren um eine Massenbewegung mit mehr als 230 Naturfreundegehäusern allein in Deutschland, die vor allem auch kommunal Einfluss auf den Naturschutz nahm. Während es die Zeitschrift „Naturschutz“, das wichtigste Organ des bürgerlichen Naturschutzes, auf 5.000 verteilte Exemplare brachte, erschien der „Naturfreund“ als Organ der Naturschutzorganisation der Arbeiterbewegung in einer Auflage von 150.000 Exemplaren (Ute Hasenöhr in Frohn/Rosebrock 2017: S. 148ff.).

Der staatliche Naturschutz in der Weimarer Republik sah sich eher als neutrale Instanz. Es gab nur zaghafte Versuche wie die Gründung eines Berlin-Brandenburgischen Naturschutzringes, der verschiedene Akteur*innen zusammenbrachte. Dennoch wurden wichtige Vorarbeiten für ein Reichsnaturschutzgesetz geleistet.

Naturschutz und NS-Regime

Mit der Machtübertragung an Hitler wurden die Naturfreunde im März 1933 verboten, während andere Naturschutzverbände wie der Deutsche Bund für Vogelschutz (heute NABU – Naturschutzbund Deutschland) mit staatlichem Segen eine Reihe weiterer Naturschutzorganisationen gleichschalten durften.

Nach der Revolution von 1918 wurde in der Weimarer Verfassung in Artikel 150 der Naturschutz erstmals verankert: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft genießen den Schutz und die Pflege des Staates.“

Die Gründerin Lisa Hähnle wurde zur „Reichsvogelmutter“ erklärt und trug neben dem Mutterkreuz mit Hakenkreuz auch die Adolf-Hitler-Medaille, die sie für ihre mit Hitler geteilte Tierliebe erhielt. Auf Hitlers Obersalzberg wurde ein Vogelwart angestellt, der die Nistkästen der Vogelschützer*innen verwaltete. Das steigerte die Bekanntheit und das Spendenaufkommen des Vereins.

Insbesondere die völkisch geprägten Naturschützer*innen sahen nun ihre hohe Zeit kommen und waren für die Nazis anschlussfähig. Reichsbauernführer Walther Darré hatte mit seiner „Blut und Boden“-Ideologie, die er bei den Artamanen geklaut hatte, auf dem Land Hitler Zulauf und Wählerstimmen organisiert. Heinrich Himmler, Reichsführer SS, gehörte dem völkischen Bund Artam an und schwärmte für biologisch-dynamische Landwirtschaft à la Demeter. Im Konzentrationslager Dachau ließ er sich von Häftlingen einen entsprechenden Kräutergarten anlegen.

Radikalisiert wurden die völkischen Ansätze von Hitlers imperialistischer Lebensraumkonzeption, die er in seinem Buch „Mein Kampf“ beschrieben hatte und die darauf abzielte, andere Völker zu unterwerfen. Dabei reklamierte er für die Deutschen „Herrenmenschen“ zu sein, die von der Natur dazu auserwählt seien, sich Lebensraum im Osten zu erobern und die dort ansässige Bevölkerung zu vernichten oder zu versklaven. Unter Naturschützer*innen fand er dabei willige Helfer*innen. So konzipierte Alwin Seifert, später in der Bundesrepublik langjähriger Vorsitzender des Bund Naturschutz (heute Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND e. V.), als Reichslandschaftsanwalt die „Aufnordung“ der Landschaft in Polen und der Sowjetunion. Dazu musste das Gebiet zunächst, in der Regel durch Massenerschießungen, „judenfrei“ gemacht werden, um dann „deutsche“ Hecken von Zwangsarbeiter*innen („Vernichtung durch Arbeit“) der Organisation Todt anpflanzen zu lassen.

Der Vegetationskundler Reinhold Tüxen erfasste pflanzensoziologische Literatur der eroberten Gebiete im Osten in seinem Werk mit dem bezeichnenden Titel „Germania II“. Im Auftrag der SS kartierte er in Auschwitz, um die geplante SS-Musterstadt mit „deutschen“ Pflanzen zu versehen und arbeitete an der Begrünung der Krematorien des Vernichtungslagers. Bis heute wird in Rinteln ein Naturschutz-Preis in seinem Namen verliehen. Zahlreiche Landschaftsanwälte gestalteten für das NS-Regime eine sogenannte Wehrlandschaft, wie zum Beispiel den „Westwall“. Der Leiter des SS-Rasse-und-Siedlungshauptamtes, Günther Pancke, hielt den biologisch-dynamischen Landbau für ideal „für die zukünftigen Wehrbauern und Bauern im Osten“.

Zwar wurden Teile des noch in der Weimarer Republik entworfenen Reichsnaturschutzgesetzes übernommen und 1935 in Kraft gesetzt, aber mit der „Blut und Boden“-Ideologie versehen und Naturschutzbelange der wirtschaftlichen Entwicklung und den Aufrüstungsmaßnahmen jeweils untergeordnet.

Im Ergebnis waren mit dem Zweiten Weltkrieg millionenfaches Leid, die Ermordung eines Großteils der europäischen Juden und eine beispiellose Zerstörung von Naturräumen verbunden.

Naturschutz in der BRD und der DDR

Als erster Naturschutzverband in der amerikanischen Besatzungszone wurden die Naturfreunde aufgrund ihrer demokratischen Tradition bereits 1945 wieder zugelassen, mussten sich aber aufgrund alliierter Auflagen unpolitisch geben. Bis Mitte der 50er Jahre blieb der Verband von einer weitgehend unpolitischen Führung in Bayern beherrscht und knüpfte erst ab 1955 wieder an Traditionen aus der Weimarer Zeit an. Insbesondere die Naturfreundejugend spielte eine Rolle in der Ostermarschbewegung unter dem Slogan „Kampf dem Atomtod!“.



„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Artikel 20a

In der Bundesrepublik machten eine ganze Reihe von Schreibtischtätern der Nazis Karrieren an Lehrstühlen des Naturschutzes und der Landschaftsplanung, wie Reinhold Tüxen, Konrad Meyer (Reichskommissariat zur Festigung deutschen Volkstums) oder Heinrich Wiepking-Jürgensmann (leitender Mitarbeiter „Generalplan Ost“). Ein Netzwerk ehemaliger Nazis durchzog die Naturschutzbehörden und den Deutschen Naturschutzring bis in die siebziger Jahre. Der SS-Mann Gerhard Olschowy war von 1964 bis 1978 Direktor der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, dem späteren Bundesamt für Naturschutz. Und noch heute finden sich beamtete Naturschützer, die behaupten, dass in der NS-Zeit die „Verwissenschaftlichung des Naturschutzes“ stattgefunden habe (zuletzt in der amtlichen Zeitschrift des Naturschutzes „Natur und Landschaft“ 2016).

In einigen Bundesländern werden weitgehende Naturschutzregeln gefasst. Vor allem in Bayern erhalten der Naturschutz und das Betretungsrecht der Natur durch den ersten Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD, Naturfreunde) Verfassungsrang. Auch die starke Stellung der Volksbegehren in der bayerischen Verfassung geht auf ihn zurück.

Erst mit Bundeskanzler Willy Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und der aufkommenden Bewegung gegen Atomkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen entstehen demokratische Bürgerinitiativen im Natur- und Umweltschutz. Ihre Mobilisierungserfolge (zum Beispiel die Verhinderung des Atomkraftwerks Wyhl 1973 bis 1977) tragen auch zum Wandel von Naturschutzverbänden bei. Sie professionalisieren sich in den 80er Jahren und versuchen durch modernes Marketing und Kampagnen mehr Mitglieder zu gewinnen, Spenden für ihre Arbeit zu generieren und über gezielte Lobbyarbeit Einfluss auf die Politik zu gewinnen. Es gelingt ihnen, durch das Verbandsklagerecht eine frühzeitige Beteiligung bei Planungen für Eingriffe in die Natur zu erstreiten. Insbesondere BUND und

NABU gelingt es, jeweils mehrere hunderttausend Unterstützer*innen und Spender*innen an sich zu binden. Nach Mitgliederzahl größter staatlich anerkannter Naturschutzverband ist heute der Alpenverein mit mehr als einer Million Mitglieder.

Nach der Novellierung des in Teilen noch gültigen Reichsnaturschutzgesetzes zu einem Bundesgesetz 1976 und 2009, erhält der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (1994) und der Tiere (2002) in Artikel 20a Grundgesetz „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen“ Verfassungsrang.

Auch in der DDR wurde das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 zunächst übernommen, aber 1954 durch ein eigenes Naturschutzgesetz abgelöst. Von staatlichen Massenorganisationen wie dem Kulturbund unabhängige Naturschutzverbände wurden nicht zugelassen. Erst nach dem Mauerfall gelang prominenten Naturschützer*innen in der Übergangsregierung vor dem Beitritt noch ein Coup. Auf der letzten Sitzung der DDR-Regierung am 12. September 1990 wurde ein Nationalparkprogramm beschlossen, das bedeutende Flächen unter Naturschutz stellte und im Einigungsvertrag berücksichtigt wurde. An der Vorbereitung wirkte unter anderen Klaus Schlüter (Minister ohne Geschäftsbereich) mit, der die „Grüne Liga“ mitbegründete und nach 1990 dem Bundesvorstand der Naturfreunde angehörte.

Heute stehen Naturschutzverbände in einem Spagat zwischen demokratisch-politischem Engagement, Lobbyarbeit und Vereinnahmung durch Umwelt- und Naturschutzverwaltung. Ihre Jahrzehnte währenden Bemühungen zu deutlich mehr Engagement für die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels dringen erst jetzt stärker in der Öffentlichkeit durch und das dank einer Basisbewegung von Schüler*innen, die mit Fridays for Future eine lebenswerte Zukunft für ihre Generation einfordern.

Literatur

Franke, Nils M./Pfenning, Uwe (Hrsg.). (2014): Kontinuitäten im Naturschutz, Baden-Baden: Nomos.

Frohn, Hans-Werner/Rosebrock, Jürgen (Hrsg.). (2018): Herausforderungen für die Umweltkommunikation. Der Deutsche Naturschutzring, die Naturschutzverwaltungen und der Wandel der Protestkultur. München: oekom.

Frohn, Hans-Werner/Rosebrock, Jürgen (Hrsg.). (2017): Spurensuche. Lina Hähnle und die demokratischen Wurzeln des Naturschutzes. Essen: Klartext.

Marian, Hans-Gerd/Müller, Michael (2019): Gefahr in der Klimakrise: Braune Ideologen. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2019.

Hans-Gerd Marian

Der Autor ist Diplom-Fundraiser, Pädagoge, Historiker und Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

Leugnung und Skepsis gegenüber der Klimakrise zum Schutz der imperialen Lebensweise?

Ein Blick auf den Klimadiskurs rechtspopulistischer Parteien wie der AfD

Die Klimakrise, ihre Ursachen und Folgen bekommen zunehmend mediale Aufmerksamkeit. Für politische Parteien ist es kaum noch möglich, sich zu diesen Themen nicht zu positionieren. Trotzdem gelingt es Parteien wie der Republikanischen Partei in den USA, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Alternative für Deutschland (AfD), die schon bisher geschwiegen oder den Klimawandel sogar geleugnet haben, das Thema immer noch auszublenden. Eine aktuelle Studie zu Rechtspopulismus und Klimapolitik in der Europäischen Union (EU) teilt die rechten Parteien Europas in drei Kategorien. „Leugner und Skeptiker“ sind Parteien wie die AfD, die FPÖ oder die britische UK Independence Party (Ukip), die anzweifeln oder bestreiten, dass menschliches Handeln das Klima beeinflusst. Zu den „Vorsichtigen“ gehören die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Nationale Sammlungsbewegung von Marine Le Pen in Frankreich und neun weitere Parteien, die entweder keine klare Positionierung in der Klimafrage haben oder dieser deutlich weniger Bedeutung beimessen als anderen Themen. Die ungarische Fidesz-Partei, „Die Finnen“ und die lettische Nationale Vereinigung (NA) bilden die Ausnahme und erkennen die Gefahr, „die der Klimawandel für die Welt und für ihre eigenen Länder darstellt“. Insgesamt stehen populistische Parteien Umweltfragen „relativ positiv“, Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit jedoch feindlich gegenüber.

Das Partei-Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016 beinhaltet viele irreführende und falsche Aussagen zum Stand der Klima- und Klimawandelfolgenforschung (Klimafakten.de 2016). So behauptet die AfD, der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) „versucht nachzuweisen, dass die von Menschen verursachten CO₂-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodele, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden“ (AfD-Grundsatzprogramm 2016, S. 156).

Das Grundsatzprogramm der AfD beklagt darüber hinaus, dass die „hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO₂-Emissionen um mehr als 85 Prozent [...] den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken“ würde (ebd., S. 157). Ein AfD-Abgeordneter bezeichnete im Bundestag den Klimawandel als eine „nur in der Fantasie grüner Ideologen existierende Scheinkrise. [...] Die AfD sagt hier und heute der Irrlehre vom menschengemachten Klimawandel den Kampf an. [...] Wir wollen den Stopp der Finanzierung von Pseudowissenschaft. Die AfD sagt damit auch der Energiewende den Kampf an und fordert die sofortige Aufhebung des EEG, der Energieeinsparverordnung und anderer Knebelungs- und sozialistischer Umverteilungsgesetze, die den Verbraucher schon mehrere Hundert Milliarden Euro gekostet haben.“ (siehe <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19024.pdf>, S. 2200f.)“

In diesem Zitat wird deutlich, dass es um den Wirtschaftsstandort Deutschland und den Erhalt des hiesigen Lebensstils in einem der wohlhabendsten Ländern weltweit geht.

Realität im globalen Süden

Die Aussagen zu den nicht bestätigten Beobachtungen stehen jedoch nicht nur im Widerspruch zu den Vorhersagen des IPCC, sondern auch zu den Klimawandelfolgen, die viele Menschen in Ländern des globalen Südens bereits seit Jahren erleben. Dürren, Überschwemmungen und andere Extremwetterereignisse führen in weiten Teilen der Welt zu Krisen von gigantischem Ausmaß. Allein im Jahr 2019 sind Schätzungen zufolge insgesamt mehr als 43 Quadratkilometer Amazonas-Regenwald durch Feuer zerstört worden – mehr als doppelt so viel wie im vorigen Jahr. Durch den Zyklon Idai verloren in Mosambik im März 2019 mehr als 1000 Menschen ihr Leben. Die Kosten, die durch solche Folgen des Klimawandels entstehen, drohen viele Länder des globalen Südens in eine Schuldenspirale zu stürzen. Der Zyklon Idai kostete Mosambik beispielsweise mehr als 118 Millionen US-Dollar in Sachschäden.

Ein offener Brief, adressiert an Extinction Rebellion – und im weiteren Sinne an die europäische Klimagerechtigkeitsbewegung –, beschreibt diese Diskrepanz in der Lebenswelt. Das BIPOC (Black, Indigenous, People of Colour) Graswurzelkollektiv „Wretched of the Earth“ sagt, die verheerenden Folgen des Klimawandels lägen für Menschen im globalen Süden nicht in der Zukunft. Sie seien bereits seit Langem Realität und führten zu Hunger, ökologischen Krisen, Dürren, Überschwemmungen und Vertreibung. Die Klimakrise lässt sich für den Großteil der Weltbevölkerung nicht mehr leugnen. Dass sie dennoch von so einigen Parteien im globalen Norden geleugnet wird, zeigt, wie sehr diese Parteien die Stimmen des globalen Südens ignorieren.

Die imperiale Lebensweise und ihre Folgen

Die Klimakrise ist kein Resultat zufälliger Fehlritte in der Vergangenheit, sie ist die Konsequenz der sogenannten imperialen Lebensweise. Dieser Begriff beschreibt einen Lebensstandard, der sich nur durch die Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Süden herstellen lässt. Der Reichtum der Gesellschaften des globalen Nordens wäre ohne diese gewaltvolle Aneignung nicht denkbar. Zu sozialen und ökologischen Krisen führt diese überwiegend in den Ländern des globalen Südens. Damit ist die Klimakrise kein Novum – sondern nur eine weitere Folge der zerstörerischen Wirkung dieser Lebensweise. Die Beispiele im globalen Süden hierfür sind scheinbar endlos: erdölverseuchte Böden, überfischte Meere, verklappter radioaktiver Sondermüll vor den Küsten Ostafrikas ...

Was tatsächlich neu ist, ist die katastrophale Tragweite der Klimawandelfolgen, die nun auch im globalen Norden zu spüren sind und daher vermehrt in die Medien und auf die politische Agenda kommen. Wenn diejenigen, die am meisten von den Klimawandelfolgen betroffen sind, gleichzeitig jene sind, die am wenigsten von dem Ressourcenverbrauch und den damit verbundenen Emissionen profitiert haben, ist dies ein eindeu-



tiges Beispiel für heutige koloniale Kontinuitäten. Während im globalen Süden die Existenz vieler Menschen auf dem Spiel steht, werden im globalen Norden Konsumstandards erhalten und verteidigt. Ebenso folgt die Auf- und Abwertung von Bevölkerungen zur Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise einer Geschichte von Ausbeutung zugunsten weniger. Rassismus und Raubbau lassen sich nicht getrennt denken. Felix Riedel stellte dies gut in seinem Artikel „Rassismus und Klimawandel“ in der Broschüre „Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Debatte“ dar (siehe www.nf-farn.de/aspekte-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich rechtspopulistische Parteien wie die AfD ökologische Themen teilweise wieder aneignen. Während sie gleichzeitig die Klimakrise weiter leugnen, wird deutlich, dass sie im Grunde die imperiale Lebensweise verteidigen, sichern und erhalten wollen.

Schutz der imperialen Lebensweise

Die These, dass der Wahlerfolg der AfD auf die Besorgnis von Menschen zurückzuführen sei, die sich in einer Krisensituation befinden, lässt sich nicht halten. Trotz des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums seit der Finanzkrise 2008/9 konnte die AfD bei den letzten Wahlen in Brandenburg und Sachsen einen Zuwachs um 11,3 Prozentpunkte beziehungsweise 17,8 Prozentpunkte verzeichnen. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass der Erfolg der AfD nicht auf eine wirtschaftliche Krisensituation zurückzuführen ist, sondern vielmehr eine Partei gewählt wird, die aggressive Interessenpolitik zu Gunsten von nationalistischem Besitzstandsschutz proklamiert. Die Abschottung nach außen und die Wahrung von nationalem Wohlstand und dem Wirtschaftsstandort Deutschland stehen hier im Mittelpunkt. Der Aufstieg der AfD ist nicht zuletzt ein Symptom dieses Anspruchs auf die imperiale Lebensweise durch (rassistische) Aneignung (Eversberg 2017: S. 6).

Aneignung grüner Themen durch die AfD

Rechtspopulist*innen und rechte Parteien in Europa sind tendenziell klimawandelskeptisch und stimmen zumeist gegen klima- und energiepolitische Maßnahmen. Neben offenen Klimawandelleugner*innen gibt es zunehmend auch Verfechter*innen von „grünem Patriotismus“, die zwar Umweltschutz, nicht jedoch Klimaschutz, unterstützen. Noch 2017 kritisierte die AfD in ihrem Mitglieder magazin *AfD Kompakt* die deutsche Klimapolitik als Ideologienprojekt, das sozial ungerecht, teuer, hochgradig wirtschaftsfeindlich, gefährlich und wirkungslos sei (siehe den Artikel „Die deutsche Klimapolitik ist sozial ungerecht, wirtschaftsfeindlich und gefährlich“ vom 6.11.2017). Für den Ausgang der Europawahl 2019 war das Thema Klimaschutz zentral. Vielleicht inspirierte diese Feststellung die AfD dazu, ökologische Themen aufzunehmen, denn seit kurzem versucht sich die Partei anhand von Umwelt-, Natur- und Tierschutzthemen zu profilieren. Hier zeigt sich die konservative bis nationalistische Seite des Naturschutzes, die eine lange Geschichte in

Deutschland hat. Nach dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz“ will die Partei neuerdings zur Bündnispartnerin von Bürger*inneninitiativen werden, die sich Landschaftsschutz, Tierwohl und Biodiversität auf die Fahne schreiben. Statt den Klimawandel also aktiv zu leugnen, will die AfD nun die (negativen) Folgen der Klima- und Energiepolitik ins Zentrum ihrer Politik stellen und beispielsweise um Vogelschützer*innen werben, die sich gegen Windkraftanlagen engagieren (siehe www.tagesspiegel.de/politik/die-umweltstrategie-der-afd-warum-die-rechtspopulisten-jetzt-oeko-sein-wollen/24510410.html).

Die Thematisierung von Natur- und Umweltschutz geschieht ausschließlich in Bezug auf den Erhalt von Landschafts- und Lebensqualität in Deutschland. Darin zeigt sich: Es geht nicht im eigentlichen Sinne um Biodiversität, das heißt um den Erhalt aller Tier- und Pflanzenarten, sondern um den Schutz der als „deutsch“ konstruierten Tiere und Pflanzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich rechtspopulistische Parteien wie die AfD ökologische Themen teilweise wieder aneignen. Während sie gleichzeitig die Klimakrise weiter leugnen, wird deutlich, dass sie im Grunde die imperiale Lebensweise verteidigen, sichern und erhalten wollen. Rassismus war und ist die Grundbedingung von Landnahme und Raubbau, der diese Lebensweise erst ermöglichte. Die Klimakrise ist ein Symptom dieser Ausbeutung, sie steht langsam auch vor deutschen Haustüren und lässt neuerdings deutsche Wälder austrocknen und Landwirt*innen in Brandenburg auf ihren verdorrten Äckern stehen. Abgeordnete des Bundestages drückten erst im August 2019 ihre Sorgen über die gefährlichen gesundheitlichen Folgen von Hitzeperioden für die Bevölkerung in einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung aus. Fragen zur Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit werden laut. Der klimapolitische Hype im Jahr 2019 wird durch die Proteste von Fridays for Future verstärkt



und lauter, und dennoch bekommen nach wie vor vor allem Menschen im globalen Süden die Klimakrise zu spüren.

Literatur

Adelphi (2019): Rechtspopulismus und Klimapolitik in Europa. Abgerufen am 2.9.2019. Verfügbar unter www.adelphi.de/de/im-fokus/rechtspopulismus-und-klimapolitik-europa.

Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper 7/2017 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften. Verfügbar unter www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf.

Focus Online (2019): Brasilianische Professorin: „Waldbrände wurden von hiesiger Regierung stimuliert“. Abgerufen am 2.9.2019. Verfügbar unter www.focus.de/wissen/klima/focus-online-im-amazonas-goldgraeber-blockieren-sojastrasse-und-protestieren-gegen-umweltpolizei_id_11129420.html.

Klimafakten.de (2016): Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft? Abgerufen 3.9.2019. Verfügbar unter www.klimafakten.de/meldung/was-sagt-die-afd-zum-klimawandel-was-sagen-andere-parteien-und-was-ist-der-stand-der.

Wretched of The Earth (2019): An open letter to Extinction Rebellion. Abgerufen am 2.9.2019. Verfügbar unter www.red-pepper.org.uk/an-open-letter-to-extinction-rebellion.

Imeh Ituen & Janine Korduan

Die Autor*innen arbeiten im Referat Internationale Umweltpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Imeh Ituen hat Integriertes Natürliches Ressourcenmanagement (M. Sc.) an der Humboldt-Universität Berlin studiert und forscht zum Thema Rassismus und koloniale Kontinuitäten in der Klimakrise. Janine Korduan studiert Technischen Umweltschutz an der TU Berlin und beschäftigt sich mit Kreislaufwirtschaft, Geoengineering, Klimakrise und kolonialen Kontinuitäten.

Menschenrechtsorientierte Soziale Arbeit im Kontext Umwelt- und Naturschutz

Soziale Arbeit, Umwelt- und Naturschutz, Demokratiebildung und Prävention gegenüber Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: In welchem Verhältnis stehen diese Begriffe zueinander, welche Beziehungen existieren zwischen diesen Kontexten? Kann „die“ Soziale Arbeit ein Partner in der Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit und für Demokratie im Kontext Umwelt- und Naturschutz sein? Diese Frage soll im Mittelpunkt des folgenden Beitrags stehen. Dabei werden zunächst kurz auf theoretischer Ebene Schnittstellen thematisiert und anschließend anhand von zwei Praxisfeldern der Sozialen Arbeit mit Beispielen illustriert.

Praxisfelder und Themen – Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession

Soziale Arbeit besteht aus vielen verschiedenen unterschiedlichen Handlungs- und Praxisfeldern, die aus ihren je unterschiedlichen historischen Kontexten eher den sozialarbeiterischen oder sozialpädagogischen Prämissen zugeordnet werden können. In Bezugnahme auf die sozialarbeiterische Traditionslinie ist es die direkte Unterstützung bei sozialen Problemen und Konflikten, in der sozialpädagogischen Traditionslinie die öffentliche und institutionalisierte Erziehung, die der Lebensbewältigung dienlich sein soll. Beide Perspektiven greifen eng ineinander und finden im Begriff der Sozialen Arbeit einen gemeinsamen Nenner.

So reicht das Handlungsspektrum von den Frühen Hilfen über die Kinder- und Jugendhilfe bis zu den Bereichen Gesundheit und Demographie, Alter oder Hilfen in stationärer Jugendhilfe wie den Kinder- und Jugendheimen. Die Entwicklung von Unterstützung in prekären Lebenslagen etwa im Kontext Armut oder Sucht ist also ebenso Teil der Sozialen Arbeit wie internationale Jugendarbeit, Streetwork, Beratung, Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, die Jugendgerichtshilfe oder offene Jugendarbeit. Es existiert insofern kein einheitliches Profil oder Konzept. Soziale Arbeit ist vielmehr ein Portfolio unterschiedli-

cher Bezugnahmen auf Adressat*innen, Orte, Räume, Ansätze, Ziele, Methoden und Konzepte. Gleichzeitig gibt es auf normativer Ebene bestimmte Ankerpunkte, die für die Disziplin der Sozialen Arbeit von Relevanz sind und einen Ankerpunkt für die Themen Demokratieförderung und Prävention gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bieten können.

Zu den theoretischen und normativen Bezugnahmen, die für die Soziale Arbeit von wesentlicher Bedeutung sind, zählt insbesondere die Definition Sozialer Arbeit, die von der International Federation of Social Work entwickelt wurde und einen weltweiten Bezugspunkt für Disziplin und Profession darstellt. In der deutschen Fassung von 2016 heißt es: „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit“ (DBSH 2016). Insbesondere die Bezugnahme auf die Selbstbestimmung, auf die Menschenrechte und die Achtung der Vielfalt können als Ansatzpunkte für demokratiepädagogische und rassismus- und diskriminierungspräventive Positionen verstanden werden. Für Vertreter*innen dieser normativen Bestimmung steht fest: Menschenfeindliche und abwertende Positionen gehen nicht mit dem professionsimmanenten Mandat einher. Auch auf rechtlicher Ebene finden sich etwa in den Bestimmungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) mit den Postulaten der Partizipation, Teilhabe, dem Anspruch, Kinder- und Jugendhilfe richte sich an alle Kinder und Jugendlichen, Richtwerte für eine nicht-diskriminierende Soziale Arbeit.

Allerdings muss einschränkend betont werden, dass sich auch die Soziale Arbeit nicht frei machen kann von Landnahmeversuchen durch Akteur*innen mit Ideologien der Gruppenbezo-

genen Menschenfeindlichkeit oder der neuen beziehungsweise extremen Rechten. Eine aktuelle Studie zeigt exemplarisch für Nordrhein-Westfalen, dass es durchaus Beispiele für sozialarbeiterische Angebote aus dem Kontext der extremen Rechten oder externe Einflussnahmeversuche gibt (Gille/Jagusch 2019) und es auch auf konzeptioneller Ebene Anknüpfungen geben kann. Es gilt also in jedem Fall, normative Bezüge wie die Menschenrechtsorientierung nicht als per se gegeben anzunehmen, sondern stets wachsam zu sein und Versuchen der Kaperung oder Diskursverschiebungen entgegen zu treten. Gleichwohl bietet Soziale Arbeit mit ihren verschiedenen Handlungsfeldern unterschiedliche Anknüpfungspunkte, um Beiträge für demokratiefördernde Prozesse auch im Kontext des Umweltschutzes liefern. Im Folgenden soll anhand von zwei exemplarischen Beispielen nachgezeichnet werden, wo und wie derartige Schnittmengen bestehen können. Dabei haben die Beispiele nur exemplarischen Charakter. Auch in anderen Handlungsfeldern lassen sich Bezüge herstellen.

Anknüpfungspunkte für Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratieförderung: zwei exemplarische Handlungsfelder

Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit ist neben einzel- und gruppenbezogenen Ansätzen innerhalb der Sozialen Arbeit ein wichtiger Bereich, der insbesondere daraufhin ausgerichtet ist, nicht nur mit Individuen zu arbeiten, sondern die sozialräumlichen Aspekte in den Vordergrund der Arbeit zu stellen. So geht es der Gemeinwesenarbeit darum, dass Soziale Arbeit die Verbindungen zwischen Individuum, Raum und Struktur in den Blick nimmt. Damit richtet Gemeinwesenarbeit den Blick zwangsläufig auch auf Themen wie Sozialstrukturen, Milieus, strukturelle Verortungen, Umwelt und soziale Entwicklungsbedarfe innerhalb eines Gebietes und sucht nach Möglichkeiten, in positiver Weise einen Sozialraum mitzugestalten. Ein Kerngedanke hierbei



ist es, möglichst alle Perspektiven innerhalb des Sozialraums zu berücksichtigen, auch diejenigen, die oft ungehört bleiben. Eine Methode ist es, nach sogenannten Entrüstungspunkten zu suchen. Entrüstungspunkte sind Themen, Entwicklungen, Veränderungen oder Ereignisse, die die Menschen vor Ort bewegen, irritieren, verärgern, besorgen oder empören und – das ist ein wesentlicher Aspekt – zu deren Veränderung sie etwas beitragen können und wollen.

Es geht der Gemeinwesenarbeit also nicht nur darum, gesellschaftlich relevante Themen zu identifizieren, sondern auch nach Wegen zu suchen, wie innerhalb eines sozialräumlichen Kontextes Veränderungen herbeigeführt werden können. Dazu spielen Sozialraumanalysen eine wesentliche Rolle. Eine Methode, die in den USA entwickelt wurde und die in Deutschland immer stärkere Bedeutung gewinnt, ist hierbei das Community Organizing, das ab Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA entwickelt wurde. Es basiert auf dem Motto „zuhören, recherchieren, handeln“ und will Menschen dazu aktivieren, an der Veränderung von als problematisch wahrgenommenen Verhältnissen vor Ort mitzuwirken. Dabei leben Ansätze des Community Organizing von Beteiligung, demokratischen Prozessen und der

Aktivierung des Potentials der Bewohner*innen. So existiert bereits eine Reihe von Projekten, die nach den Prinzipien des Community Organizing im Kontext der Demokratieförderung und Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit arbeiten, wie etwa das Integrationshaus e. V. in Köln (siehe <https://ihaus.org/>).

Eine andere Möglichkeit liegt in der Implementation von Projekten der Community Communication, wie es etwa das Mobile Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung vorstellt (SPI 2017). Hier geht es insbesondere darum, durch partizipative Formate des Dialogs möglichst allen Personen innerhalb eines Sozialraums Gehör zu verschaffen, Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen und auf der Basis gegenseitigen Respekts Dialoge zu ermöglichen. Derartige Ansätze der Gemeinwesenarbeit beziehungsweise des Community Organizing können auch für den Kontext der Entwicklung demokratiefördernder Maßnahmen im Umweltschutz adaptiert werden. Wenn etwa in einer Gemeinde Windräder entstehen sollen und eine Gruppierung aus dem extrem rechten Spektrum dies zum Anlass nimmt, um durch lautstarken Protest zu versuchen, eine Dorfgemeinschaft hinter sich – und damit auch implizit die damit verbundenen rassistischen extrem rechten Positionen – zu bringen, können Gemeinwesenarbeiter*innen dabei unterstützen, über Community Organizing den extrem rechten Agitator*innen, die vermeintlich im Namen der Natur auftreten, den Boden zu entziehen. Dies nicht durch Verbote, sondern durch die Mobilisierung der Bewohner*innen hinter der Argumentationslinie von demokratischem, partizipativem und nicht-völkisch-nationalistischen Ideen.

Kinder- und Jugendhilfe: Beispiel Jugendsozialarbeit

Ein anderes Handlungsfeld, in dem große Schnittmengen zu demokratiefördernden und gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit angelegten Maßnahmen vorhanden sind, ist die Kinder- und Jugendhilfe. Neben etwa erzieherischen Hilfen,

Familienberatungsangeboten, sozialpädagogischen Gruppenangeboten oder dem Kinder- und Jugendschutz gehören auch die Jugendarbeit oder auch die Jugendsozialarbeit in den Kontext der Kinder- und Jugendhilfe. Jugendverbände oder die Offene Kinder- und Jugendarbeit sind seit vielen Jahren schon ein wesentlicher Motor bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, von dem auch wichtige Impulse ausgehen. Einrichtungen wie das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) bieten hier seit mehreren Jahrzehnten Unterstützung (siehe www.IDAeV.de). Aber auch die Jugendsozialarbeit kann ein wichtiger Partner bei der Entwicklung von Maßnahmen sein.

Ziel der Jugendsozialarbeit ist es dabei, jungen Menschen, die sich in prekären Lebenslagen befinden – insbesondere in den Kontexten Bildung und Arbeitsmarkt – gezielt sozialpädagogische Unterstützung anzubieten. Neben offenen Angeboten, mobiler und aufsuchender Arbeit, existiert auch ein großes Spektrum an Projekten und Aktivitäten, die als Gruppen- oder Einzelmaßnahmen junge Menschen bis 27 Jahre adressieren. So können Angebote der arbeits- und berufsbezogenen Jugendsozialarbeit, Maßnahmen der Schulsozialarbeit oder auch das Jugendwohnen wichtige Partner im Kontext der Demokratieförderung und Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sein. Sie adressieren Jugendliche in den Phasen, die häufig von besonderen Unsicherheiten, Ängsten oder auch existentiellen Problemen geprägt sind. Dazu gehört etwa der Übergang von der Schule in den Beruf, der Umgang mit schulischen Problemen, die Suche nach einer passgenauen Ausbildungsstelle oder der Umgang mit der Tatsache, dass ebendiese nicht gefunden werden kann. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis zeugen von der bereits vorhandenen wichtigen Schnittstelle zwischen Demokratieförderung/Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Jugendsozialarbeit (Beispiele finden sich unter anderem unter www.vielfalt-mediathek.de).

Die Handlungsfelder, Methoden, Institutionen und Konzepte der Sozialen Arbeit bieten ein reichhaltiges Spektrum an Möglichkeiten, um Maßnahmen zur Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – sei es allgemein oder im Kontext Umweltschutz – zu entwickeln.

Um konkret zu zeigen, wie hier Ansatzpunkte entstehen können, soll folgendes fiktives Beispiel dienen: In einer berufsvorbereitenden Maßnahme sollen die Teilnehmenden ein Projekt zum Thema Nachhaltigkeit und Klimawandel entwickeln und umsetzen. Zwei Jugendliche äußern Kritik an dem Projekt, weil „doch eigentlich die Leute in Afrika schuld seien“. Hier könnte die Projektleitung ansetzen und das Thema Umwelt- und Naturschutz im Kontext von Postkolonialismus, transnationalen Verflechtungen und gesellschaftlicher Verantwortung diskutieren und damit die Ideologie der Neuen Rechten, die der Kritik immanent ist, dechiffrieren. So kann eine Verbindung zwischen politischer und berufsorientierter Bildung unter dem thematischen Mantel von Umwelt- und Naturschutz gelingen.

Fazit

Die beiden vorgestellten Handlungsfelder stehen hierbei nur exemplarisch für die grundsätzliche Möglichkeit, Akteur*innen, Einrichtungen oder Gremien der Sozialen Arbeit für Projekte und Maßnahmen im Kontext Umwelt- und Naturschutz zu gewinnen. Die Handlungsfelder, Methoden, Institutionen und Konzepte der Sozialen Arbeit bieten ein reichhaltiges Spektrum an Möglichkeiten, um Maßnahmen zur Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – sei es allgemein oder im Kontext Umweltschutz – zu entwickeln. Es ist also keine Frage des „ob“, sondern des wie. Eine konzeptionelle Verpflichtung auf die Erfüllung der Menschenrechte und Demokratisierung der Gesellschaft und eine rassismuskritische Haltung muss sowohl nach innen wie nach außen sichtbar kommuniziert werden. Dabei geht es zum einen darum, auf konkrete (Vor)fälle zu reagieren und Stellung zu beziehen. Zum anderen gilt es, diese Positionierungen innerhalb von Einrichtungen zu institutionalisieren und dadurch zu einer gelebten Selbstverständlichkeit zu machen.

Mit dem Postulat der Menschenrechtsorientierung, das für viele Bereiche der Sozialen Arbeit handlungsleitend ist, können

Einrichtungen, Akteur*innen oder Projekte der Sozialen Arbeit wichtige Partner*innen im Kontext Umwelt- und Naturschutz sein. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis belegen bereits die vorhandenen Schnittstellen. Wichtig ist dabei stets der gegenseitige Austausch, das Wissen der einzelnen Akteur*innen über und voneinander und damit auch die gute Vernetzung vor Ort. Neben den je spezifischen Akteur*innen auf lokaler Ebene lohnt hierbei auch eine Vernetzung mit den landes- und bundesweiten Gremien, Fachstellen und verbandlichen Strukturen der Sozialen Arbeit, gerade wenn es um die Frage der Positionierung und Entwicklung von Strategien geht.

Literatur

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit. Abgerufen am 8.8.2019. Verfügbar unter www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/bilder/Profession/20161114_Dt_Def_Sozialer_Arbeit_FBTS_DBSH_01.pdf.

Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019, i. E.): Die neue Rechte in der Sozialen Arbeit. Exemplarische Analysen, Düsseldorf.

Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin (2017): Community Communication. Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen. Verfügbar unter www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/mbt_community-communication-broschuere.pdf.

Birgit Jagusch

Dr. Birgit Jagusch ist Professorin für Soziale Arbeit und Diversität an der TH Köln. Zu den Lehr- und Forschungsschwerpunkten gehören Rassismuskritik, Jugendarbeit, Kinderschutz, Intersektionalität und diversitätssensible Öffnung von Institutionen der Sozialen Arbeit.

Die Interkulturelle Öffnung der Jugendumweltverbandsarbeit

Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit folgt einer doppelten Strategie:

- Es geht zum einen um die Unterstützung der Interkulturellen Öffnung der etablierten Jugendverbände sowie der Jugendringe.
- Es geht zum anderen um die Unterstützung des Strukturaufbaus und der Arbeit von Migrant*innenjugendselbstorganisationen.

Beide Seiten stehen nebeneinander und ergänzen sich – in Tandemansätzen (und natürlich auch im jugendverbandlichen Alltag) können sie sich zudem überschneiden.

In der Diskussion über die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit haben sich der Begriff „Vereine Jugendlicher mit Migrationshintergrund“ beziehungsweise „Vereinigungen junger Menschen mit Migrationshintergrund“ und der in diesem Artikel verwendete Begriff „Migrant*innenjugendselbstorganisation“ herausgebildet. Sie werden weitgehend synonym verwendet.

Die Öffnung von Jugendumweltverbänden

In so ziemlich jedem Verband gibt es identitätsstiftende Eigenheiten – das kann sogar innerhalb der Mehrheitsgesellschaft manchmal von außen etwas überraschend wirken. Das kann bei Kleidungsstilen beginnen, die, obwohl von innen als vielfältig wahrgenommen, von außen einheitlich wirken können, mag über Ernährungsgewohnheiten – wie ein hoher Anteil oder ausschließlich vegetarische und vegane Verpflegung auf Veranstaltungen eines Jugendumweltverbandes – weitergehen und wird bei kämpferisch oder radikal wirkenden Sprüchen und Aufklebern noch nicht enden.

Wenn die Wahrnehmung und Bewertung dieser Eindrücke schon bei lange hier lebenden Menschen höchst unterschiedlich ausgeprägt ist, so bringen sie doch immerhin einiges Orientierungswissen mit, um sich eine vielfältige Verbandslandschaft zu erschließen. Wie wirken wir als Verband aber nun auf noch nicht so lange in Deutschland lebende junge Menschen aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern? Wie viel für uns Selbstverständliches müssen wir erklären oder erläutern? Was essen wir? Wie gehen Mädchen und Jungen bei uns miteinander um? Welche Spiele spielen wir? Welche Bedeutung hat Religion (oder Religionskritik) in unserer Arbeit? Was bedeutet es, dass wir uns auch als ein politischer Jugendverband verstehen und uns zu umweltpolitischen Fragen äußern?

Es geht nicht darum, diese Eigenheiten eines Verbandes zu schleifen, sondern es geht um eine Reflexion der eigenen Wirkung, der eigenen Ausstrahlung, des eigenen Images – in kultureller, ästhetischer, sozialer und milieuspezifischer Hinsicht. Dies muss nicht notwendigerweise in der Absicht erfolgen, daran etwas zu verändern (obwohl auch das gelegentlich mal angesagt sein kann). Eher geht es darum, die wichtigen Erstkontakte mit Noch-Nicht-Mitgliedern bewusster zu gestalten. Es ist also notwendig zu reflektieren, welche Signale ein Verband eigentlich bewusst und vor allem welche er unbewusst aussendet und welchen Eindruck er auf Menschen macht, die die Verbandslandschaft nicht kennen. Die verbandlichen Eigenheiten machen den Jugendverband aus, wir sollten sie nicht verstecken, aber wir sollten sie vermitteln und erläutern können – selbstbewusst, aber auch offen dafür, was auf Außenstehende auf den ersten Blick irritierend wirken kann.

Die Zahl junger Menschen nimmt zu, denen sowohl das Konzept „Jugendverband“ als auch die Ausrichtung eines bestimmten Jugendverbands erklärt werden muss. Und hier bringt uns das Stichwort Inklusion, das zunehmend über den Bereich von Menschen mit Behinderung hinaus verwendet wird, nicht nur

an die Jugendlichen mit Migrationshintergrund heran, sondern auch an viele andere bisher unterrepräsentierte Schichten oder Milieus von jungen Menschen, für die die Verbandslandschaft möglicherweise ebenso unbekanntes Terrain ist, zu dem sie keinen eigenen Zugang haben und ihn auch nicht von selbst entwickeln werden.

Überlegungen zur Interkulturellen Öffnung können also ein guter Anstoß sein, darüber nachzudenken, wie der Zugang zum Verband auch darüber hinaus für die wachsende Gruppe der jungen Menschen gestaltet werden kann, die keine konkrete Vorstellung vom jeweiligen Verband haben. Damit kann eine Interkulturelle oder Rassismuskritische Öffnung ein Anstoß zur Organisationsentwicklung auch über die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund hinaus sein – Inklusion in einem weiteren Sinne.

Die Ökologisierung von Migrant*innenjugendselbstorganisationen

Ein zweiter Weg, mit dessen Hilfe sich junge Menschen mit Migrationshintergrund stärker mit ökologischen Fragen auseinandersetzen können, ist eine Thematisierung ökologischer Fragen und Gestaltung ökologischer Aktivitäten in Migrant*innenjugendselbstorganisationen. Dies kann entweder aus eigenem Antrieb oder in Kooperation mit Jugendumweltverbänden oder Expert*innen erfolgen. Für diese Form der Kooperation bieten sich Tandemprojekte besonders an, da in ihnen beispielsweise die ökologische Fachkompetenz eines Jugendumweltverbandes mit dem Zugang einer Migrant*innenjugendselbstorganisation zur Zielgruppe kombiniert werden kann. Damit derartige Projekte aber ohne einen missionarischen Beigeschmack daherkommen, ist es notwendig, im Projektdesign Begegnungen und intensivere Austauschmöglichkeiten zwischen beiden Verbänden über das konkrete ökologische Einzelthema hinaus zu ermöglichen und für Augenhöhe zwischen beiden Projektpartnern zu sorgen, gegebenenfalls auch durch eine stärkere



Berücksichtigung einer strukturell schlechter gestellten Migrant*innenjugendselbstorganisation im Finanzplan eines derartigen Projekts.

Migrant*innenjugendselbstorganisationen sind keine Parallelgesellschaft, sondern Teil der deutschen Zivilgesellschaft

Der Vorwurf oder die Unterstellung, Migrant*innenjugendselbstorganisationen seien der Anfang oder das Abbild von migrantischen Parallelgesellschaften, spielte im Sport bereits bei der Diskussion über sogenannte Migrant*innensportvereine eine Rolle. So unterstellten manche Verbandsfunktionär*innen beispielsweise, „türkische“ Sportvereine in Deutschland seien Ausdruck einer Parallelgesellschaft – schließlich stünden die vorhandenen Sportvereine ja allen offen. Was formal richtig sein mochte, wurde beim nächsten Sportfest mit Bier und Bratwurst vom Schwein dann jedoch gleich widerlegt. Längst

Die Zuweisung des Begriffs beziehungsweise der Fremddefinition „mit Migrationshintergrund“ erfolgt nie neutral und folgenlos, sie erweckt den Eindruck von zwei getrennten Gruppen mit großer innerer Homogenität auf beiden Seiten – das entspricht nicht der Realität und übergeht die Differenzen innerhalb beider Gruppen.

haben denn auch der Deutsche Olympische Sportbund und die Fachverbände begonnen, das Bedürfnis der Gesellung und des Sporttreibens in Migrant*innensportvereinen (ebenso wie in schwulen und/oder lesbischen Sportvereinen) ernst zu nehmen und wertzuschätzen.

Migrant*innenjungendselbstorganisationen ermöglichen nämlich – ebenso wie Migrant*innensportvereine – vielen Jugendlichen erst Zugänge zur deutschen Zivilgesellschaft: Über Empowerment, über Mitgliedschaften in Jugendringen und Sportverbänden, über die Teilnahme an Veranstaltungen und die Mitwirkung in Projekten lernen junge Menschen mit Migrationshintergrund die attraktiven Angebote der Kinder- und Jugendhilfe schätzen und/oder entwickeln sie selbst. Migrant*innenjungendselbstorganisationen stärken den Organisationsgrad junger Menschen in Bezug auf ehrenamtliches Engagement

und die Mitwirkung in der Zivilgesellschaft. Ebenso wie viele Jugendverbände oder Sportvereine der Mehrheitsgesellschaft spiegeln sie die Pluralität der deutschen Gesellschaft wider und haben nicht den Anspruch, alle Bereiche der Gesellschaft oder alle Gruppen junger Menschen abzudecken beziehungsweise zu erreichen. So verwundert es nicht, dass viele der Akteur*innen in migrantischen Selbstorganisationen daneben auch in Verbänden und Parteien der Mehrheitsgesellschaft aktiv sind und im Rahmen derartiger Mehrfachmitgliedschaften ganz selbstverständlich einige Aspekte ihrer Identität in einer migrantischen Selbstorganisation, andere in einer Organisation der Mehrheitsgesellschaft besonders verwirklichen.

Was kommt nach Interkultureller Öffnung?

In der Diskussion um Diversitätsbewusste Bildungsarbeit und Vielfalt ebenso wie unter der Überschrift „Inklusion“ (im erweiterten Sinne des Begriffes über Menschen mit Behinderungen hinaus) deutet sich eine umfassendere Perspektive an, in der die Trennlinie „mit und ohne Migrationshintergrund“ beziehungsweise „ethnische Herkunft“ neben andere Trennlinien (zum Beispiel Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, körperliche Verfasstheit, Sozialstatus etc.) tritt und sich die Unterscheidungen überkreuzen und vermischen – auch im Sinne von Mehrfachbenachteiligungen oder -diskriminierungen. Die Perspektive des Betroffenseins von Rassismus sollte natürlich nicht aus dem Blick geraten. Ansonsten trägt dieser breitere Blick auf unsere gesellschaftlichen Realitäten zu einer willkommenen Entspannung der fortwährenden Aufteilung junger Menschen in Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei, solange er Machtverhältnisse und Diskriminierungen nicht ausblendet.

Mit dem Begriff „Rassismuskritische Öffnung“, der auch beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) zunehmend Verwendung findet, wird stärker als beim Begriff „Interkulturelle Öffnung“ der Fokus auf die Beseitigung von Zugangsbarrieren und faktischen Ausschlüssen



gesetzt. Auch er wirft den Blick auf Rassismus und Diskriminierung – allerdings stärker im institutionellen Sinne. Unter der Überschrift „Rassismuskritische Öffnung“ werden ganze Organisationen und Verbände auf den Prüfstand gestellt und der Blick nicht nur auf eine bisher unterdurchschnittlich erreichte Zielgruppe geworfen.

Ein Wort zum Schluss

Die Zuweisung des Begriffs beziehungsweise der Fremddefinition „mit Migrationshintergrund“ erfolgt nie neutral und folgenlos, sie erweckt den Eindruck von zwei getrennten Gruppen mit großer innerer Homogenität auf beiden Seiten – das entspricht nicht der Realität und übergeht die Differenzen innerhalb beider Gruppen.

Auch der Vergleich des Anteils junger Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung mit dem in einzelnen Jugendverbänden ist wenig aussagekräftig – zum einen, weil beide beschriebenen Wege Interkultureller Öffnung nebeneinander bestehen, zum anderen, weil beide Wege in Bezug auf einzelne Personen auch miteinander verwoben sind. So kann der Landesvorsitzende einer Migrant*innenjugendselbstorganisation beispielsweise gleichzeitig Mitglied der Grünen Jugend oder der BUNDjugend sein.

Die zunehmenden Abwehrreaktionen der so Benannten gegenüber dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ verdeutlichen, dass er neben der Erleichterung der Aufdeckung, statistischen Nachweisbarkeit und Benennung von Diskriminierungserfahrungen und Rassismus auch eine stigmatisierende Wirkung haben kann.

Andererseits spricht förderpolitisch und jugendpolitisch strukturell viel dafür, auch die Ebene des Migrationshintergrundes weiter explizit zu beleuchten und zu benennen, vor allem wenn es um die auch strukturelle Förderung von Migrant*innen-

jugendselbstorganisationen geht. Was auf der individuellen Ebene mit Diversität und Minorisierung besser zu fassen sein mag, kann auf der strukturellen Ebene verwässern und auf der jugendpolitischen Ebene förderpolitisch kontraproduktiv sein. Es geht also eher darum einen professionellen Umgang mit diesen Widersprüchen zwischen sinnvoller sprachlicher Praxis in pädagogischen Kontexten und einer anderen sprachlichen Praxis in förderpolitischen Kontexten, Projektanträgen und unter soziologischen Perspektiven zu entwickeln.

Literatur

Drücker, Ansgar (Hrsg.). (2013): Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten. Düsseldorf: IDA e. V. Verfügbar unter www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2013_IDA_Interkulturelle_Oeffnung.pdf.

Ansgar Drücker

Der Autor ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit e. V. (IDA). Er ist Diplom-Geograf und war zuvor lange bei der Naturfreundejugend Deutschlands tätig. Seit 2017 ist er Mitglied des Fachbeirats der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

Dieser Text ist eine Weiterentwicklung des Artikels „Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit – eine Einführung“ des Autors in der von ihm herausgegebenen IDA-Publikation „Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit – Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten“.

Rassismus und Naturkunde – ein aktuelles Problem

Warum der Begriff „Mohrenfalter“ erbittert verteidigt wird und Skorpione weiter Hottentotten heißen werden



Als moderne Wissenschaft hat die Naturkunde ihren Ursprung in den aufklärerischen Reisen von Merian, Cook, Forster, Humboldt und Darwin, die erheblich zur Erschütterung religiöser und auch rassistischer Vorstellungen beitrugen. Heute aber gelingt es der Naturkunde nicht mehr, mit dem gesellschaftlichen Fortschritt mitzuhalten. Am deutlichsten wird das an der Weigerung, rassistische Artbezeichnungen abzuschaffen.

Dass in Begriffen soziale Praxis stattfindet und sich Sprache verändern muss, wurde spätestens durch das „Wörterbuch des Unmenschen“ von Sternberger/Storz/Süskind (1957) etabliert. Mit zahllosen, teilweise unauffälligen Veränderungen der Sprache manipulierten die Nazis das öffentliche Bewusstsein. Hall hat in seinem paradigmatischen Text „Das Spektakel der Anderen“ (1997) in vergleichbarer Weise erfasst, wie der antischwarze Rassismus mit Bildern und Begriffen arbeitet, die Schwarze infantilisieren, entmännlichen oder entmenschlichen.

Die Begriffe in der Rassismusforschung

In der Rassismusforschung sind Begriffe wie „Mohr“ und „Hottentotten“ seit langem einer gründlichen Kritik unterzogen worden. „Hottentotten“ war von Beginn an ein rassistisches Schmähwort für die Khoikhoi-Gesellschaften in Südafrika und Namibia. Es handelt sich um eine niederländische Wortschöpfung, die sinngemäß „Gestotter“ heißt. Die weitere Verwendung ist stets exotisierend. In Deutschland war der Lehrer*innen-spruch verbreitet, nach dem es in der Klasse zugehe „wie bei den Hottentotten“. Lieder wie „Für Hottentotten wird kein Bier gebraut“ vertieften die kulturelle und emotionale Distanz zusätzlich.

Der Begriff „Mohr“ hingegen unterlag einer historischen Wandlung: In der Heraldik des Mittelalters und Spätmittelalters finden wir demnach eher respektvolle Verweise auf Verbündete, Feinde oder den Heiligen Balthasar. Die Königin von Saba aus dem Hohelied Salomos war Grundlage für die Verehrung von „schwarzen Madonnen“. Das Wort „Mohr“ erhält aber bereits bei Walter von der Vogelweide als „Höllensmohr“ (Teufel) dämonische und bei Shakespeare entmenschlichende Züge. Im weiteren Verlauf wandelte sich das Stereotyp zum „edlen Mohr“, der mit dem freundlichen Sklaven identifiziert wurde. Heute ist „Mohr“ ein Begriff, der aus Menschen mit dunkler Hautfarbe vor allem drollige Kinder zu machen sucht. In Kinderbüchern soll man als mahndendes Beispiel „den Mohren ansehen“, der als Karikatur gezeichnet ist.

Abwertende Bezeichnungen sind kein Naturgesetz

Auch wenn diverse Nutzungsformen, darunter auch respektvolle wie in der „Mohrenapotheke“, nebeneinander her bestanden, so ist doch Konsens, dass der Begriff im affirmativen Sprachgebrauch verschwinden muss und dafür umso stärker im kritischen Gedächtnis bewusst gehalten werden sollte. Nachdem der „Mohrenkopf“ aus der Werbung verdrängt werden konnte, bleibt leider die Naturkunde das größte Reservat des Begriffs.

Da gibt es Mohrenhirse, Mohrenpfeffer, Mohrenkopfmilchling, Mohrenkopfpapagei, Mohrenkaiman, Mohrenklaffschnabel, Mohrenmaki, Mohrenmakak, Mohrenibis, Mohrenweihe, Mohrenlerche, Mohrenralle, Mohrenhonigfresser, Mohrenschwarzkehlchen, Hottentottenfliege, Hottentottenente, Hottentottenlaufhühnchen, Hottentotten-Graumull. Meist genügte die Herkunft aus Afrika oder eine partielle Braun- oder Schwarzfärbung für die Namenswahl. Menschen werden dadurch auf ein einziges Merkmal reduziert und dann mit Tieren assoziiert.

Diese deutschen Trivialnamen könnten ohne Weiteres in der jeweiligen naturkundlichen Literatur ersetzt werden. Schwieriger gestaltet sich die Umbenennung von lateinischen Artnamen. Mehr als 50 Arten tragen die „Hottentotten“ im Namen. Eine ganze Skorpionsgattung heißt „Hottentotta“, eine Art sogar „Hottentotta hottentotta“. Was Fabricius 1787 motivierte, giftige Skorpione nach den „Hottentotten“ zu benennen, ist unbekannt. Die „International Commission on Zoological Nomenclature“ legt jedoch in den Artikeln 23.1 und 23.3.7 fest, dass einmal vergebene Namen nicht mehr verändert werden können – diese Artikel werden dann als unverrückbare Naturtatsache dargestellt, vor allem, um Arbeitsaufwand bei der Einzelfallbewertung zu vermeiden. Auf Anfrage erklärte das deutsche Kommissionsmitglied Francisco Welter-Schultes dazu: „Mit der Geschichte muss man leben und lernen, damit umzugehen. Solche Namen erinnern immer daran, wie unfair und abwertend Europäer lange Zeit mit der afrikanischen Bevölkerung umgegangen sind.“

Es herrscht also durchaus ein Bewusstsein für den rassistischen Gehalt der Namen, allerdings wird ihre Verwendung als Geschichtsbewusstsein umgedeutet: eine Interpretation, die im folgenden Beispiel wiederkehrte.

Unter den heimischen Tagfaltern gibt es die Gattung *Erebia*, für die in den meisten Fachbüchern der Trivialname „Mohrenfal-

ter“ verwendet wird. Ich kontaktierte am 7. August 2019 zwei Foren, um dort eine Umbenennung anzustoßen: Einmal das „Lepiforum“ (www.lepiforum.de), das bedeutendste Schmetterlingsforum in Deutschland und einmal die geschlossene Facebookgruppe „Einheimische Schmetterlinge“ mit etwa 3000 Mitgliedern (www.facebook.com/groups/941960982510075/).

„Hallo,
ich bin entomologisch interessierter Ethnologe und möchte für eine Umbenennung der „Mohrenfalter“ werben. Der Begriff „Mohr“ gilt heute gemeinhin als rassistisch (<https://de.wikipedia.org/wiki/Mohr>). Er wird von Menschen mit dunkler Hautfarbe als kränkend empfunden und in der rassistischen Szene auch gezielt so verwendet.

Die „Mohrenfalter“ wurden wegen ihrer dunklen Farbe nach einer Menschengruppe benannt und so implizit Menschen in die Nähe von Tieren gerückt, lediglich aufgrund einer gemeinsamen Farbe. Umgekehrt wurden die Weißlinge nicht nach „den Weißen“ benannt, sondern nach ihrer Farbe.

Ich verweise auf den freundlichen Hinweis von Arne Köhler, dass „in der neuen Artenliste der Vögel Deutschlands (Barthel & Krüger 2018, Vogelwarte 56, 171–203) der deutsche Name von *Melanocorypha yeltoniensis* von Mohrenlerche zu Schwarzsteppenlerche geändert wurde. Was dann z. B. von Nottmeyer & Flade kritisch diskutiert wurde (Die Vogelwelt 138, 241–242).“

Als probateste Alternative zu „Mohrenfalter“ schlage ich vor, die Bezeichnung „Bräunlinge“ (analog zu Weißlinge, Gelblinge und Bläulinge) einzuführen und in Neuauflagen zu verwenden.“

Einige oder sogar mehrheitlich negative Reaktionen waren erwartbar und kein Hindernis für eine Arbeitsgrundlage. Was mich jedoch überraschte, war die fast vollständig geschlossene Abwehr auf beiden Foren. Die Beiträge wurden sehr intensiv besucht und beantwortet. Der Beitrag auf „Einheimische Schmetterlinge“ wurde nach 79 Kommentaren gesperrt, eine Antwort meinerseits erhielt noch einmal 117 Kommentare. Der Beitrag im Lepiforum wurde 1018-mal gelesen und erhielt 180 Kommentare. Sechs eindeutige Unterstützer*innen der Umbenennung traten in Erscheinung, während sich die Administrator*innen der Gruppe und des Forums vehement gegen die Umbenennung aussprachen. Einige wenige Beiträge enthielten selbstbekennenden Rassismus, die meisten waren von sekundärem, verleugnetem Rassismus mit entsprechenden Abwehrstrategien geprägt.

Die Reaktionen gliedern sich wie folgt:

1. Irrationale Entgrenzungsfantasien: Man müsse dann doch alles umbenennen, gar auf Sprache verzichten. Die Übertreibung kennzeichnet die intrapsychische Relevanz von rassistischer Sprache für die Identität der Sprechenden: Für sie hängt alles davon ab, Schwarze als „Mohren“ bezeichnen zu dürfen und sei es über den Umweg der Bezeichnung „Mohrenfalter“.

2. Rationale Entgrenzungängste: Man müsse dann alle rassistischen Namen umbenennen. Warum das nicht erfolgen könne, wird nicht ergründet. Es wird also suggeriert, das in Wahrheit auf einige Dutzend Namen eingrenzbares Problem sei so groß, dass man es nicht angehen könne. Das zeugt in Wahrheit vom Unwillen, das Problem überhaupt anzuerkennen. Die probateste Rationalisierung war die Umdeutung zum Gedenken: Rassismus werde in der Namensgebung „erinnert“.

3. Polemische, häufig sexualisierte Witze, die zur Lächerlichkeitsmachung dienen:

Kampagne zur Umbenennung der „Mohrenfalter“

(Gelesen: 986)

Felix_Riedel - 7. August 2019, 15:26:51

...und sonst keine Probleme?

(Gelesen: 377)

█ - 7. August 2019, 15:57:29

Re: ...dann aber auch bitte die „Weißlinge“ umbenennen ;-)

(Gelesen: 370)

█ - 7. August 2019, 16:00:18

Re: ...dann aber auch bitte die „Weißlinge“ umbenennen ;-)

(Gelesen: 526)

█ - 7. August 2019, 16:12:57

und die erotischen Schwalbenschwänze 🍑

(Gelesen: 365)

█ - 7. August 2019, 16:15:33

Re: und die kurzschwänzigen Bläulinge könnten sich auch beklagen 😊

(Gelesen: 310)

█ - 7. August 2019, 21:49:32

Und was ist mit den Sackmotten?? - BG, EOK

(Gelesen: 86)

█ - 15. August 2019, 12:42:36

4. Relevanzbedenken: Das Problem sei marginal. Verglichen wurde vor allem mit dem Artensterben, aber auch mit dem „echten“ Rassismus der Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer. Das war als Whataboutism zu werten, der nicht aus Überforderung heraus eine Arbeitshierarchie festlegt, sondern einfach Konfliktvermeidung durch vorgetäuschte Verschiebung anstrebt.

Eine Unterform der Relevanzbedenken bildete der wiederholte Verweis auf das angeblich mangelnde Interesse von Menschen mit dunkler Hautfarbe an solchen Begriffen. Dass diese von einem Engagement in der Naturkunde durch Trivialisierung von Schmähbegriffen abgehalten werden könnten, kam nur in einem der wenigen kritischen Kommentare zur Sprache:

Kapiert ihr es wirklich nicht?

Autor: [Redacted]

Datum: 15. August 2019, 09:56:26

Antwort auf: Re: Kampagne zur Umbenennung der „Mohrenfalter“

Die eigentliche Moral der Geschichte, für „schwarze Menschen in Deutschland“ interessiert sich das Lepiforum nicht.

Selbst wenn auf Grund struktureller Probleme heute nur wenige POC in Deutschland Entomologie betreiben, dank solcher ignoranten Beiträge hier im Lepiforum könnte ich jede/n verstehen, der von nicht Teil dieser Forums-Gemeinschaft werden möchte. Eigentlich Schade, denn es werden ja nicht mehr Entomolog*innen.

Ich bemühe mich trotzdem um eine Stellungnahme, denn es geht nicht um die Frage, ob das Tier diskriminiert wird (wie

es erneut wieder in zynischen Beiträgen formuliert wurde).

Gut, dass sich alle hier in der Öffentlichkeit die Ehre geben...

5. (Vorgeschützte) Probleme mit der neuen Namensgebung: „Bräunlinge/Braunlinge“ hätte eine gewisse Konsequenz gehabt, tatsächlich war auch „Schwärzlinge“ schon in dem Buch „Die Schmetterlinge Europas“ von 1908 von Arnold Spuler verwendet worden. Viele Kommentare wiesen auf die gebräuchliche Verwendung des lateinischen Gattungsnamens „Erebien“.

6. Offenes Beharren auf rassistischer Sprache bei gleichzeitiger Abwehr des Vorwurfs:



[Redacted] Ich bin ein in keinster Weise rassistisch veranlagter Entomologe. Ich mache keine Unterschiede in Hautfarbe, Religion oder Abstammung.

Für mich aber bleiben Mohrenfalter weiterhin Mohrenfalter, so wie ich auch Negerküsse oder Zigeunerschnitzel esse.

Es ist aber erfreulich dass es wohl Teile der Gesellschaft gibt, die keine anderen Probleme hat als sich über so einen Unsinn Gedanken zu machen.

7. Offener Rassismus und zynisch-polemische Trivialisierung:



██████████ Auf den Schreck jetzt erstmal einen Negerkuss!



8. Umkehr der Anklage: Es sei ein Rassist, wer mit dem Begriff etwas Negatives assoziiere:



██████████ @Felix Riedel , schwarze Nigger zu nennen war früher die größte und einzige Beleidigung. Neger war der ganz normale Name für die Schwarzafrikaner. Nun ist auch das zum Schimpfwort mutiert, dank der sogenannten Gutmenschen, die mir am A. vorbei gehen! Der Mohr war in meiner Kindheit die oberste Stufe der dunkelhäutigen Rasse. Wenn nun auch das schon abwertend ist, kann man dann davon ausgehen, daß Du ganz Schwarzafrika für Untermenschen hältst? Jeder darf seine Meinung haben, allerdings ist meine genau das Gegenteil von Deiner! VG

Insgesamt war bemerkenswert, wie viel für manche von der Wahrung eigener Fremdbezeichnungen abhängt. Man sieht sich als Bezeichnende*r beraubt, entmündigt, gedemütigt dadurch, dass man nicht mehr „Mohr“ oder „Neger“ sagen darf. Ohne das Recht, „Mohr“ zu sagen, befürchten sie, verstummen zu müssen. Das Wort „Mohr“ sagt für sie buchstäblich „alles“. Gleichzeitig, und das macht es so pathologisch, hat man keinerlei Verständnis dafür, dass **andere**, die Bezeichneten, sich beraubt, entmündigt

und gedemütigt fühlen dadurch, dass sie bezeichnet werden und ihre Eigenbezeichnungen durch andere ersetzt wurden und werden. Das ostentative egozentrische Selbstmitleid dient zur Abwehr von Schuld und zur Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes.

Heute äußern sich viele Weiße in einer Weise über Sprachänderungen, als wären sie die Opfer in der Geschichte. Empathie für die Opfer von diskriminierender Sprache tritt in den Hintergrund. Dahingehend bildeten die Diskussionen allen Erfahrungen nach eher den bedauernden Durchschnitt als einen extremen Rand der Gesellschaft ab. Dass die Naturkunde, die sich historisch häufig eher am liberalen Rand der Gesellschaft aufhielt, sich heute gegen eine Veränderung von innen heraus als immun erweist, macht eine Kritik von außen umso notwendiger.

Literatur

Hall, Stuart (1997): Das Spektakel des „Anderen“. In: Ziemann, Andreas (Hrsg.), Grundlagentexte der Medienkultur. Ein Reader. Wiesbaden: Springer.

Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, Wilhelm E. (1957): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Hamburg: Claassen. Mehrere Auflagen und Neuauflagen, zuletzt Frankfurt a. M./Berlin: Ullstein 1989.

Felix Riedel

Dr. phil. Felix Riedel ist Ethnologe und als freier Journalist sowie in der politischen Bildungsarbeit tätig.

Glossar

Arierparagraph: Das NS-Regime verdrängte mit dem Arierparagraphen Jüd*innen aus allen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen. Ab 1933 übernahmen nahezu sämtliche Organisationen den Paragraphen in ihre Satzungen und Statute.

Artamanen: 1926 wurde der völkische Siedlungsbund „Bund Artam e. V.“ in München gegründet. Dessen Mitglieder vertraten eine agrarromantische „Blut und Boden“-Ideologie, gründeten autarke Siedlungen und meldeten sich zum Arbeitsdienst in der Landwirtschaft.

„Blut und Boden“-Ideologie: zentrale Grundlage der NS-Politik zur Umstrukturierung des Reiches in einen völkischen Bauernstaat. Vorstellung der natürlichen Verbindung von „Volk und Raum“ durch „Blut und Boden“.

Care: Das englische „care“ wird als Oberbegriff für Pflege- und Sorgearbeit benutzt. Damit wird die grundsätzliche gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung der zumeist unbezahlten und von Frauen* ausgeübten care-Arbeit thematisiert.

Intra- und Intergenerative Gerechtigkeit: Intragenerativ bezeichnet die Gerechtigkeit in der jetzt lebenden Generation und intergenerativ bezeichnet das Verhältnis von der jetzigen zu den nachfolgenden Generationen und überprüft die Nachhaltigkeit der Maßnahmen beispielsweise in Umwelt oder Wirtschaft.

Globaler Norden, globaler Süden: Der globale Süden beschreibt eine im Vergleich politisch und ökonomisch benachteiligte Position, wohingegen der globale Norden eine mit Privilegien verbundene Position auf der Welt beschreibt. Die Unterscheidung geht unter anderem auf verschiedene Erfahrungen mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Ausbeutung des Südens durch den Norden zurück.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Das Konzept bezeichnet abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. Eine in diesem Sinne menschenfeindliche Haltung kann sich in ausgrenzender oder sogar gewalttätiger Handlung zeigen oder Einfluss auf die Gestaltung von diskriminierenden Regeln und Prozessen in Institutionen und den Aufbau von diskriminierenden Strukturen haben.

Gutes Leben (Buen Vivir): Das Konzept des „Guten Lebens“ beziehungsweise „Buen Vivir“ beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen im Andenraum. Es versteht sich als neues Entwicklungskonzept, das sich von westlichen Wohlstandsparadigmen verabschiedet und das menschliche Zusammenleben nach ökologischen und sozialen Normen ins Zentrum seiner Philosophie stellt.

Rechtsextremismus: bezeichnet politische Ideologien, die auf einem Verständnis von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen. Zusätzliche Bestandteile sind Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Autoritarismus.

Ressourcenextraktivismus: Wirtschaftspolitisch wird so eine auf Rohstoffexport und Raubbau an der Natur orientierte Wirtschaft bezeichnet.

Whataboutism: zu Deutsch „Was ist mit?“ Eine rhetorische Gesprächstaktik, die auf eine kritische Frage mit einer ganz anderen Frage antwortet und das unliebsame Thema damit ohne Antwort wechselt.

Impressum

1. Auflage 2019

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Str. 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de
www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

S. 7: Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD); S. 10: Udo Willruth/NaturFreunde Deutschlands (NFD); S. 12: NFD; S. 15: Hermann Traub/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 17: Jim Black/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 19: Sofia Getzin; S. 23: Janinka Lutze/NFJD; S. 24: Tina Birnbach/NFJD; S. 26: Holger Krisp, Ulm, Germany (Wikimedia Commons).

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**